

Das arme Europa liegt gleich nebenan

Im Duisburger Stadtteil Hochfeld schaffen Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien schon jetzt eine Realität, die anderen deutschen Städten noch droht: Die Armen werden vertrieben von den noch Ärmeren. Ein Besuch.



Beispiellose Armut: „Matrasvermietung“ nennt sich die Praxis, Einzelbetten in dem überbelegten Haus zu vermieten.

Von Ann-Kathrin Seidel

Duisburg – Im Café 24 hängt noch das Bild von Bosphorus an der Wand, ansonsten ist nicht viel von den türkischen Besitzern geblieben. In der Ecke stehen Spielautomaten, nur die Hälfte von ihnen funktioniert. Rauch steht in der Luft, von den Zigaretten der Männer, die sich auf den Sofas fläzen. Alle sind Bulgaren, wie die meisten in den umliegenden Straßen. In den vergangenen Jahren sind mehr als 2000 Bürger des südosteuropäischen Landes in den Duisburger Stadtteil Hochfeld gezogen. Von den Türken sind die meisten mittlerweile weg.

Trügerische Hoffnung auf Arbeit und günstigen Wohnraum

Reiko Radev ist vor einem Jahr gekommen. Er stammt – wie viele hier – aus der ostbulgarischen Region Schumen. Fast 30 Prozent der dortigen Bevölkerung sind arm. Eine zwielichtige Vermittlungsagentur versprach Radev eine Perspektive für seine Familie, lockte mit Arbeit und günstigem Wohnraum und knüpfte dem 40-Jährigen schließlich 1000 Euro für die Reise nach Deutschland ab. Nun hockt der Familienvater jeden Tag mit den anderen Männern im Café 24. Radev hat Diabetes. Er kann nicht arbeiten, aber staatliche Unterstützung bekommt er auch nicht.

Armutszuwanderer nennen die Medien Leute wie ihn. Sie kommen mit der Hoffnung auf Arbeit für sich und Bildung für ihre Kinder. Die Europäische Union macht es möglich: Seit 2007 können sich Rumänen und Bulgaren frei bewegen. Die Freizügigkeit geht allerdings nicht immer mit staatlicher Unterstützung einher, außerdem ist der Zugang zum Arbeitsmarkt beschränkt. Und Hartz IV können sie erst bekommen, wenn sie fünf Jahre im Land sind oder Arbeit gefunden haben. Die meisten finden sich in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen wieder, einige sogar in der Prostitution.

Direkt um die Ecke vom Café 24 liegt der Duisburger Arbeiterstrich. Vor dem Eiscafé Behrens warten die Männer des Viertels jeden Morgen auf Kleinbusse mit bulgarischem Kennzeichen, die sie einsacken und dort nach zwölf Stunden auf dem Bau wieder ausspucken. Am anderen Ende von Hochfeld schließt sich Duisburgs ausuferndes Rotlichtviertel mit der höchsten Bettenanzahl in Deutschland an. „264 sind es offiziell, das sind mehr als auf der Reeperbahn“, sagt Uli Kloeters von der Internationalen Initiative Hochfeld, die Integrationsprojekte in Hochfeld anbietet. 80 Prozent der Frauen, die in den Häusern arbeiten, seien Rumäninnen und Bulgarinnen – auch aus der Nachbarschaft.

Radevs Frau Natalia arbeitet für fünf Euro in der Stunde in einer türkischen Näherei. Nur mit der Unterstützung von Verwandten kann sich die Familie ihre kleine Zweizimmerwohnung leisten. Die Haustür ist aufgebrochen. In den oberen Stockwerken gebe es viel Ungeziefer, sagt Radev. 450 Euro knüpfte ihnen der Vermieter ab.

Reiko und Natalia Radevs Kinder können nach einem Jahr schon besser deutsch als ihre Eltern. Auch die würden gerne einen Sprachkurs besuchen, aber die kostenlosen Integrationsangebote sind Einwanderern von außerhalb der EU vorbehalten.

So gehe es vielen, berichtet Kloeters. „Selbst nach Jahren leben die meisten Einwanderer noch in höchst prekären Verhältnissen.“ Mehr als 6300 Bulgaren und Rumänen leben in der Stadt. Das ist bezogen auf die Einwohnerzahl von knapp 500 000 nicht viel. Dennoch bringt ihre Anwesenheit beträchtliche Unruhe in die Ruhrgebietsmetropole. Etwa 1000 Strafverfahren gegen bulgarische und rumänische Staatsangehörige zählt die Duisburger Polizei. Auf der Liste stehen Trickbetrügereien, Diebstahl, Betrug, Geldautomatenraub.

In manchen Vierteln wird kaum noch deutsch gesprochen

Die Lage verunsichert die Einwohner. „Gestern habe ich eine etwa 60-jährige Frau aus Hochfeld getroffen, die sich nach 16 Uhr nicht mehr auf die Straße wagt“, erzählt die Duisburger Integrationsbeauftragte Leyla Özmal. In ihrem Viertel könne sich die Frau nur noch mit wenigen verständigen. Die zugezogenen Bulgaren sprechen türkisch und griechisch, selten deutsch.

„In Hochfeld erleben wir das, was in zwei, drei, vier Jahren auch andernorts normal sein wird“, sagt Özmal. In dem Stadtteil wohnten bereits vor zehn Jahren hauptsächlich sozial schwache und arme

Menschen. In solche Viertel wird es Zuwanderer auch in anderen Städten ziehen.

Über die „Brücke der Toleranz“ fährt man von Duisburg ins eher bürgerliche Rheinhausen-Bergheim. Gleich am Anfang liegt ein siebenstöckiger Wohnblock. Vor einem Jahr zogen die ersten rumänischen Roma-Familien in das „Problemhaus“. Mittlerweile sollen zwei Klans hier wohnen. 300 Einwohner sind offiziell gemeldet, es könnten aber mehr als 500 sein. Darum herum stehen Wohlstands-Eigenheime aus den Fünfzigern.

Dutzende Kinder spielen auf dem Hof. Sie quatschen jeden an – auf Rumänisch, Spanisch und Französisch. Sie sind viel herumgekommen. Müll, Lärm und Diebstähle sind die häufigsten Klagen der Anwohner. Flugblätter und Unterschriftenlisten wurden verfasst, mittlerweile hetzen rechte Internetseiten gegen die „Zigeuner“.

Die Armut der Hochhaus-Bewohner ist beispiellos. Einmal im Monat kommen die Geldeintreiber des Besitzers, einer serbischen Rotlichtgröße, und kassieren die Miete in bar. In den Fluren stinkt es entsetzlich nach Fäkalien. Viele der Kinder sind nicht geimpft, besuchen keine Schule.

Heiner Augustin, Pfarrer der Friedenskirchengemeinde in der Nachbarschaft, will die Probleme nicht kleinreden. „Aber ich warne vor Stigmatisierung der Roma und der Zuwanderer“, sagt er. „Die Dramatisierung von Bergheim dient allenfalls dazu, sämtliche braune Socken in der Gegend zu wecken.“



Im Hintergrund der Bosphorus: Im Café 24 im Duisburger Stadtteil Hochfeld trifft man die Männer des Viertels. Fotos: Kristoffer Finn (3), dpa



Einwandererkinder – sofern sie das Glück haben, eine Schule zu besuchen, sprechen sie meist besser Deutsch als ihre Eltern.

„Die Kehrseite des Evangeliums der Freizügigkeit“

Armutswanderung ist nicht zu verhindern, sagt Migrationsforscher Klaus J. Bade und greift Innenminister Friedrich an.

Von Jan Sternberg

Der Migrationsforscher Klaus J. Bade (68) wirft der deutschen Politik vor, das Problem der Roma-Zuwanderung zu lange ignoriert zu haben.

OSTSEE-ZEITUNG: Herr Bade, Deutschland freut sich über spanische Ingenieure und will arme Rumänen wieder loswerden.

Klaus J. Bade: Die Armutswanderung ist die Kehrseite des Evangeliums der Freizügigkeit. Viele haben wohl nur von erwünschten Hochqualifizierten mit passgerechten Berufs- und Sozialprofilen ge-

träumt. Unerwünschte aber kann man nicht mehr ohne Weiteres zurückschicken, es sind heute EU-Bürger. Die zuwandernden Armen und auch die Roma unter ihnen sind zwar nur eine kleine, besonders auffällige Minderheit. Aber wo sie sich konzentrieren, entstehen mitunter erhebliche Sozialprobleme, die städtische Sozialbudgets überfordern können.

OZ: Was muss passieren, damit daraus kein sozialer Sprengsatz entsteht?

Bade: Auf der nationalen Ebene, konkret in den Kommunen, geht es um Integration durch Qualifikation

und besonders durch Bildung für die Kinder. Dafür brauchen die Kommunen Geld. Ideen haben sie selber. Wir brauchen eine Begrenzung der wanderungstreibenden Faktoren in den Ausgangsräumen. Eine Art Entwicklungspolitik mitten in Europa. Da ist vieles auf den Weg gebracht worden. Aber das Geld ist auch in den Taschen korrupter Politiker gelandet.

OZ: Warum stehen die Kommunen der Roma-Zuwanderung so hilflos gegenüber?

Bade: Nach Deutschland kommen mit den Roma auch ihr altes Missrauen nach außen und Zusammen-



Migrationsforscher Klaus J. Bade.

schluss nach innen. Optimale Integrationsvoraussetzungen sind das nicht. Wir erreichen sie nur als Großfamilien.

OZ: Was hat die deutsche Politik falsch gemacht?

Bade: Es wurde verzäumt, die Menschen darauf vorzubereiten, dass diese Zuwanderung kommen wird. Bundesinnenminister Friedrich verwechselt die europäische und die soziale In-

tegration, wenn er sagt: „Wir zahlen nicht zweimal“ – für Hilfen in den Ausgangsräumen und für die Leute, die trotzdem kommen. Friedrich macht Front gegen Armutswanderer und arbeitet so direkt den Rechtsradikalen in die Tasche.

OZ: In Ihrem neuen Buch „Kritik und Gewalt“ (erscheint im Wochenschau-Verlag) werten Sie Friedrich vor, die Einwanderungsgesellschaft nicht verstanden zu haben.

Bade: Er hat nicht verstanden, dass man heute Gesellschaftspolitik für alle machen muss, auch für die Mehrheit, sonst werden viele rebellisch.

Kritische Zustände

209 000 Rumänen und 121 000 Bulgaren leben laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Deutschland. Wie viele davon Roma sind, wird nicht erhoben. Die Einwanderungszahlen steigen seit 2007 rasant: von 64 000 auf 147 000 im Jahr 2011 – im Vergleich zu Italien, wo mehr als eine Million Rumänen leben, ein niedriger Wert.

Bulgarien und Rumänien sind seit 2007 in der EU. Ihre Bürger dürfen sich in allen EU-Staaten niederlassen, allerdings können ihnen die Länder, wie Deutschland es tut, bis 2014 unter sagen, eine sozialversicherungspflichtige Arbeit aufzunehmen und damit Ansprüche auf Sozialleistungen zu erwerben. Das soll eine zu starke Abwanderung von Arbeitskräften verhindern.